

**Unmäßig hohe Steuervorschreibungen.**

Runjhal stellt folgende Anfrage: Der Krieg mit seinen gewaltigen Bedürfnissen stellt auch an die Staatsfinanzen die schwersten Anforderungen. Es kann daher nicht überraschen, wenn die Staatsverwaltung die Bürger zu weitgehenden Steuerleistungen heranzieht. Die patriotische Einsicht und Opferfreudigkeit, welche die Wiener stets in hohem Maß betätigt haben, nimmt auch in diesen schweren Zeiten ohne Widerspruch die durch den Krieg bedingten Steuerlasten auf sich. Diese Tatsache sollte von der Finanzverwaltung und deren Organen anerkannt und gewürdigt werden. Statt dessen wird aber, insbesondere im 13. Wiener Gemeindebezirk, eine Praxis geübt, die tiefes Unbehagen und allseitige Beunruhigung in der steuerzahlenden Bevölkerung hervorgerufen hat. Die Fälle, in welchen Steuervorschreibungen erfolgen, die in den tatsächlichen Einkommensverhältnissen keinerlei Begründung besitzen, mehren sich mit jedem Tag. Es erfolgen Einkommenseinschätzungen, welche nur als Kinder einer überhitzten Phantasie bezeichnet werden können. Da ein solches Vorgehen der Steuerbehörden nicht nur gerade jetzt zu vermeidender Beunruhigung unter die Bevölkerung trägt, sondern auch in hohem Grad geeignet ist, das Vertrauen in die Behörden zu erschüttern und die Steuermoral zu untergraben, wird gefragt: 1. Ist der Bürgermeister bereit, die k. k. Finanzlandesdirektion auf das oben geschilderte Vorgehen der Steueradministrationen für den 12. und 13. Bezirk aufmerksam zu machen? 2. Ist der Bürgermeister bereit, mit seinem Einfluss auf die Abstellung der gerügten Uebelstände hinzuwirken?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Anfrage an die zuständige Stelle leiten. Es wäre sehr erwünscht, wenn bestimmte Fälle einer Untersuchung bekanntgegeben werden, damit eine Untersuchung eingeleitet werden kann und Abhilfe geschafft wird.